



2022

Runder Tisch Istanbul-Konvention

ERGEBNISPROTOKOLL VOM 21. JUNI 2022
**LANDESKOORDINIERUNGSSTELLE ISTANBUL-
KONVENTION IM LAND BREMEN**



Begrüßung und Einordnung des Runden Tisches Istanbul-Konvention

Begrüßung durch die **Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Claudia Bernhard**, und Bremens **Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm** im gemeinsamen Gespräch mit Beate Hoffmann:

Senatorin Claudia Bernhard ordnete den Runden Tisch als Arbeitsgremium und als wichtigen Bestandteil der Organisationsstruktur zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ein, den die Landeskoordinierungsstelle Istanbul-Konvention (LKS) jährlich im Frühjahr einberufe. Der Runde Tisch sei ein zentrales Instrument zur Überprüfung der Umsetzung des Landesaktionsplan.

Sie erläuterte, dass sich die Entwicklung des Landesaktionsplans und dessen Umsetzung in zwei Schritten vollziehe:

Im **ersten Schritt** wurde der in gemeinsamer Federführung mit der ZGF unter Mitarbeit von neun Arbeitsgruppen erarbeitete und vom BIK kommentierte Landesaktionsplan Anfang März vom Senat verabschiedet. Damit liegt dem Senat eine Gesamtstrategie zur Umsetzung der IK auf Landesebene vor. Eine Diskussion des LAP in der Bremer Bürgerschaft stehe noch aus.

Nun beginne **der zweite Schritt**, in der in den nächsten vier Jahren die im LAP festgehaltenen 75 Maßnahmen umgesetzt werden. Zur Umsetzung wurde eine Arbeitsstruktur entwickelt die bewirken soll, dass weiterhin alle Akteur:innen systematisch an der Umsetzung beteiligt werden. So gibt es weiterhin neun Arbeitsgruppen zu zentralen Gewaltthemen, deren Arbeitsergebnisse über die Protokolle an die LKS weitergeleitet werden.

Der RT dient als wichtiges Instrument des Austauschs über den Sachstand der Maßnahmen, insbesondere zu kritischen Fragen, Hindernissen oder Herausforderungen. Daher sei es sehr wichtig hier alle Akteur:innen aus Zivilgesellschaft, Betroffenen, Politik und den Ressorts zu beteiligen.

Heute werde in „**Block I Stand der Umsetzung des Landesaktionsplans: Schwerpunkte und Maßnahmen der Ressorts**“ ein **Sammeln von Impulsen und Ideen zu einzelnen, dieses Jahr anstehenden Maßnahmen** der Ressorts stehen. Die TN werden gebeten anhand von Fragen die Präsentationen zu kommentieren. Ebenfalls erhält der BIK die Gelegenheit Stellung zu nehmen.

Die zweite Aufgabe des RT sei das Vertiefen eines Schwerpunktthemas. Heute sei das Thema Optimierung der Akutversorgung von Gewaltbetroffenen durch die Implementierung einer Gewaltschutzambulanz (GSA). Die Forderung nach einer GSA wurde AG-übergreifend an allen Stellen genannt und mit einer hohen Dringlichkeit eingefordert. Die Maßnahme sei nicht nur eines der größten, sondern auch das mit den höchsten Summen hinterlegte Projekt im LAP. Es sei der LKS gelungen für „**Block II Themenschwerpunkt: Verbesserung der Akutversorgung durch eine Gewaltschutzambulanz**“ die Expertin aus der Berliner Charité, die Gerichtsmedizinerin Dr. Saskia Etzold, zu gewinnen um einen Einblick in die Arbeit der GSA in Berlin zu geben – nicht nur, da es sich auch um einen Stadtstaat handeln könne Bremen von ihr viel lernen. Für Bremen werden Dr. Andrea Bronner, Dr. Kerstin Porrath und Katrin Griesbach die Planungen für die Gewaltschutzambulanz am Klinikum Bremen-Mitte vorstellen.

Nach der **veränderten Rolle der ZGF in der jetzt beginnenden Umsetzungsphase des Landesaktionsplans** gefragt, **erläuterte Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm**, dass die ZGF die Rolle der „Hüterin“ einnehmen werde. Neben der Beobachtung des Fortschritts der Maßnahmen nehme die ZGF aber auch eine aktive leitende Rolle in dieser zweiten Phase ein: Viele der Arbeitsgruppen werden von der ZGF geleitet. Der Arbeitskreis Gewalt sowie die ZGF selbst seien

wichtige Bestandteile der Organisationsstruktur zur Umsetzung der Istanbul-Konvention. Schließlich sei die ZGF auch an den allermeisten Maßnahmen – 39 von den 75 – zumindest beteiligt oder federführend verantwortlich.

Die Moderatorin des Runden Tisches, Beate Hoffmann, stellte anschließend alle Teilnehmer:innen vor, indem sie **die Gruppenzugehörigkeit abfragte und Namen und Organisation der Teilnehmer:innen** nannte. Der Teilnehmer:innenkreis umfasste: Fraueninfrastruktur inkl. Schutz- und Hilfesystem (Beratungsstellen, Interventionsstellen, Frauenhäuser, Mädchenhäuser, Jungenbüro etc., Bremer Frauenrat, profa, Kinderschutzbund, Präventionsstellen etc.), Vertreter:innen der Ressorts der Landesregierung und zugeordneter Ämter, Vertreter:innen aus Bremer (Spitzen)verbänden und Vereinen (Freie Wohlfahrtspflege, Ärztekammer, Gynäkologenverband, Verband der Kinderärzte, Hebammenverband, GeNo (Gerichtsmedizin), die Gleichstellungspolitischen Sprecherinnen, die ZGF, den BIK, und eine Aktivistin. Insgesamt waren ca. 50 Personen gekommen.

BLOCK I

Maßnahmen im Bremer Landesaktionsplan „Istanbul-Konvention umsetzen – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen“

Sachstand und Sammeln von Impulsen und Ideen zu den Maßnahmen der Ressorts

Die Präsentationen der Ressorts sind abrufbar auf www.bremen-sagt-nein.de/bremen-setzt-um

Jede Vortragende stellte aktuelle Schwerpunktprojekte vor und formulierte eine Frage an das Plenum:

Maßnahmen ZGF:

Vorgelegt wurden die Projekte Workshopreihen, AG und gemeinsame Fachtage zur besseren Kooperation der verschiedenen Hilfesysteme, AG Dunkelfeld und Flatrate für Videodolmetschung.

Welche Informationen benötigen Mitarbeitende angesichts knapper Zeit- und Energieressourcen, um intersektional arbeiten zu können?

Gibt es Wissenslücken und wie können diese geschlossen werden?

Was wünschen sich Mitarbeitende (Fortbildungen? Broschüren? Vernetzungen? Adressen?)

- Es wird eine gute und effektive Netzwerkarbeit gewünscht, wie auch Personalaufstockung
- Ressourcen und Finanzierung
- Ausgebildetes, gut qualifiziertes Personal

Maßnahmen Stabsbereich Frauen:

Vorgelegt wurden die Projekte „StoP – Stadtteile ohne Partnergewalt“ und Dialogische Qualitätsentwicklung der Bremer Frauenhäuser.

Mögliche Träger und Räume für das StoP Projekt?

- Mütterzentrum OHZ
- Frauengesundheit Tenever

- Praktische Ärzt:innen in das Projekt mit einbeziehen
- Profamilia in Bhv kann Räumlichkeiten anbieten
- AWO Bhv
- Allgemein Hinweis / Wunsch: Frauenträger(schaften) bevorzugen

Maßnahmen Querschnittsaufgabe Digitale Gewalt:

Vorgestellt wurden die Schwerpunkte Netzwerkaufbau für eine Fachstelle Digitale Gewalt und Angebote für digitale Selbstbehauptung.

Wie schafft man es ins Netzwerk Akteur:innen zu integrieren, die keinen Gewaltbezug haben (IT-ler z.B.)?

- Schüler*innen Vertretungen
- Kinder- und Jugendfreizeitheimen
- Datenschützer*innen im Bereich der Behörde/ Jugendhilfe
- Pflegeausbildungsgänge
- Hochschulen/öffentliche Verwaltung
- Das ServiceBureau
- Landesmedienanstalt
- Ambulanter und Stationärer Bereich der Krankenhäuser

Maßnahmen Gesundheit:

Vorgestellt wurde das Projekt Entwicklung von Grundlagenmodulen für Ausbildungsgänge in Gesundheitsfachberufen sowie aus dem Referat Psychiatrie und Suchthilfe ein Gewaltdaten-Monitoring, Sensibilisierung von Personal sowie Stärkung des Querschnittsthemas digitale Gewalt und die Schaffung einer Gewaltschutzeinrichtung für Frauen in prekären Lebenslagen.

Welche wichtigen Berufe sollten bei Grundlagenmodulen berücksichtigt werden?

- Rettungsdienst, Polizei (Konzept besteht seit 10 Jahren, müsste nur noch umgesetzt werden)
- Das Curriculum der Medizin-Studierenden beinhalte Häusliche Gewalt, Kindesmissbrauch, in der Facharztausbildung gebe es auch bestehende Module, auf die man zurückgreifen könne um das Rad nicht neu zu erfinden
- Notfallambulanzen haben Module, müssen/sollten diese vermehrt integrieren
- Allgemein in Ausbildung das Thema integrieren, auch in Bachelor an der Hochschule

Maßnahmen Justiz und Verfassung:

Vorgestellt wurden die Maßnahmen Täter:innenarbeit, Prozesskostenhilfe und psychosoziale Prozessbegleitung.

Wie kommen Informationsangebote wie Broschüren oder Homepage wirklich bei der Zielgruppe oder ihrem Umfeld an?

Was kann man tun, um Informationen dauerhaft an der „richtigen Stelle“ bereitzuhalten?

Zur Verbreitung der Information wurde angemerkt, dass alles nichts helfe, wenn die Prozessbegleiterinnen an sich nicht gut qualifiziert seien und mehr Probleme mit in die Sitzungen nähmen als sie selbst Unterstützung bieten könnten.

Zusätzlich wurde kritisch angemerkt, dass der unattraktive Begriff „Psychosoziale Prozessbegleitung“ an sich der Sache nicht förderlich sei. Im Prinzip sei daher eine Suchmaschinenoptimierung angesagt.

Folgende Stellen nannte das Plenum um Informationen besser an die richtigen Adressat:innen zu bringen:

- Flyer an Frauenberatungsstellen verteilen für die Frauen*, die (noch) nicht bereit sind, sich zu trennen und für die die Täterarbeit eine Hoffnung sein könne
- In der AG Dunkelfeld einen Austausch der Multiplikator*innen bilden
- Abgleiche welche Kanäle prioritär zu nutzen sind – insbesondere soziale Netzwerke
- Lücke schließen zwischen Beratungsstellen sexueller Gewalt und Justiz
- Links in sozialen Medien pushen
- Hinweise / Infos durch die Polizei, die in ihren Einsätzen in Krisensituationen auf hochmotivierte Täter treffe, die wenn sie empathisch vermittelte, anonym wahrnehmbare Hilfen genannt bekämen, diese auch wahrscheinlicher wahrnehmen würden.
- Auch die Fachberatungsstellen merkten an, dass die von der Polizei geschickten Täter bei ihnen ankämen
- Kleine Anzeigen in Zeitungen
- Soziale Netzwerke würden von Betroffenen sehr viel genutzt – gute IT-ler werden hier gebraucht
- Auch Alltagsstellen wie Supermärkte nicht vergessen
- Visitenkarten mit abgerundeten Ecken zum diskret einstecken statt Flyer
- Über Sportvereine (Männer und Frauen in einer Community) / Fitnessstudios – dort Streuen an den Kreis der nicht Betroffenen, die auch sensibilisiert werden sollen und zusätzlich ihr Wissen / Ihre Interventionen mit dort gleichzeitig vorhandenen Täter:innen teilen können
- Sammlung aller relevanter Themen in einer Fachzeitschrift
- Plakate erreichbar über QR Code, so wie die profa in Frauentoiletten QR-Codes anbringe über die man sich dann in Ruhe informieren kann, wenn man sie kurz abfotografiere
- Begriffe in den Suchmaschinen optimieren
- Kinowerbung
- Polizei soll bei Einsätzen Infomaterial weitergeben
- Sensibilisierung, Einbezug und Fortbildung für Sozialarbeiter, Mitarbeiter Jobcenter/Bildungsträger etc.

Maßnahmen Inneres:

Vorgestellt wurden das Hochrisikomanagement und die Netzwerkarbeit Gefährdungsmanagement.

Der Leiter des Direktionsstabs Einsatz der Polizei Bremen, Kevin Hamann, berichtete von der Arbeit der Polizei, die in ihren Einsätzen akut mit sehr vielen Entscheidungen und Anforderungen konfrontiert sei. Schwerpunkt der Darstellungen von Herrn Hamann waren die besonderen Herausforderungen bei dem Identifizieren von Fällen, in denen eine schwerwiegende Gewalteskalation zu befürchten sein könne.

Die Polizei Bremen habe in der zurückliegenden Zeit weitere Möglichkeiten gesucht, Hochrisikofälle bestmöglich valide identifizieren zu können und habe die bestehenden Prozessabläufe und Verantwortungen bei Hinweisen auf Individualgefährdungen geschärft.

Eine Dienstanweisung sei in Kraft gesetzt worden. Sie regle insbesondere den mehrstufigen Prozess zum Erkennen von Hochrisikofällen. Die sog. *situative Risikoanalyse* bestehe aus

1. einer *Gefährdungseinschätzung* der ersteinschreitenden Beamt:innen (in definierten Fallkonstellationen unterstützt durch einen wissenschaftlich basierten Risikoanalysefragebogen)
2. einer *Gefährdungserstbewertung* durch Wach- und Einsatzleitungen bzw. Referatsleitungen,
3. einer *Gefährdungsbewertung* durch die Leitungen der Polizeikommissariate bzw. sog. Polizeiführer:innen in der Leitstelle, sofern im Ergebnis der Gefährdungserstbewertung ein gefährdendes Ereignis nicht weitestgehend auszuschließen ist.

Es sei beabsichtigt, künftig einen Prozess einer ergänzenden *standardisierten Gefährdungsanalyse* für bestimmte Einzelfälle (z.B. Konfliktdynamik) zu entwickeln.

Die Dienstanweisung enthalte außerdem Regelungen über Fallkonferenzen, Informationswege sowie sonstige Einsatz- und Ermittlungsmaßnahmen („Werkzeugkasten“).

Herr Hamann berichtete zudem über die Absicht, eine *Koordinierungsstelle Individualgefährdung (KoStIG)* einzurichten.

Zur weiteren Umsetzung des Landesaktionsplans sei beabsichtigt, demnächst eine Funktionsstelle zur weiteren Umsetzung und Evaluierung des Hochrisikomanagements sowie zum Ausbau der Netzwerkarbeit Gefährdungsmanagement auszuschreiben.

Wie können wir gemeinsam im Gefährdungsmanagement die Schnittstellen zwischen den Ämtern und Ressorts verbessern?

Folgende Anmerkungen gab es aus dem Plenum:

- Es gebe von Seiten der Betroffenen und deren Umfeld große Hemmnisse zur Polizei zu gehen (Anzeige = Verurteilung /Gefängnis), sie müssen durch Aufklärung gemindert werden
- Über Beratungsstellen die Vermittlung weitergeben, dass die hiesige Polizei vertrauenswürdiger Ansprechpartner ist
- Niedrigschwellige Polizeiarbeit, um Ängste auszuräumen
- Informationen müssen zuverlässig durch die Polizei ausgegeben werden, insbesondere wenn Betroffene aktiv werden müssen, z.B. um ihre Adressauskunft zu sperren
- Sensibilisierung und Fortbildung der Polizei
- Höhere Anonymisierung der Opfer, größere Aufklärung der Opfer über Hilfesysteme

Maßnahmen Soziales:

Vorgestellt wurden die Maßnahmen Standards für Gewaltschutzkonzepte, Kurs zur Aufklärung und sexuellen Selbstbestimmung, Fortbildung „Seelische Gesundheit von geflüchteten Menschen: Umgang mit Traumata, Krisen und kultursensiblen Themen, standardisierter digitaler Gewaltschutzmonitor, Präventionsprojekt „Trau dich!“ und aufsuchende Fachberatungsstelle für von häuslicher Gewalt betroffene Kinder und Jugendliche.

Welche Strukturen brauchen wir im Kontext der aktuellen Fluchtbewegungen, um Menschenhandel und sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Kinder wirksam vorzubeugen?

- Mobile Teams schaffen (wie in Baden-Württemberg), welche in aufsuchender Arbeit die Flüchtlinge berät

- Problematik: viele Geflüchtete seien in privaten Strukturen untergebracht, insbes. in den ersten Tagen der Fluchtbewegung aus der Ukraine – da haben offizielle Stellen keine Auskunft drüber
- Whats-App Flyer in Muttersprache zur Aufklärung
- Anbieter:innen von Privatunterkünften verlässlich überprüfen
- Registrierung der Unterkunftsorte der Geflüchteten
- Soziale Verpflichtung eine jeden einzelnen (Nachbarn etc.)
- Keine Information zurück halten bei Auffälligkeiten, Hinweise sofort weitergeben, an die entsprechenden Institutionen

Impulse vom BIK zu den Maßnahmen im Bremer Landesaktionsplan

Zunächst bedankte sich der **BIK** für die Gelegenheit zu kommentieren und die wichtige Einbeziehung von Betroffenen in den weiteren Prozess und insbesondere auch bei den Betroffenen, die bereits über ihr Engagement in den Arbeitsgruppen zum LAP beigetragen hatten.

Der Kommentar des BIK ist abrufbar unter www.bremen-sagt-nein.de/betroffenenbeirat

Es wurde an dieser Stelle von Männer gegen Männergewalt kommentiert, dass es auch männliche Betroffene gäbe, die aber im Landesaktionsplan keine Rolle spielen würden. In der Diskussion wurde argumentiert, dass die Istanbul-Konvention die Mitgliedstaaten verpflichtet, gegen alle Formen von Gewalt vorzugehen. Im Fokus der Konvention steht geschlechtsspezifische Gewalt, also jede Form von Gewalt, die sich entweder gegen Frauen* richtet oder Frauen* unverhältnismäßig stark trifft.

Block II

Themenschwerpunkt: Verbesserung der Akutversorgung durch eine Gewaltschutz-ambulanz

Vortrag Dr. Saskia Etzold

Die Präsentation von Dr. Etzold ist abrufbar unter www.bremen-sagt-nein.de/bremen-setzt-um

Vortrag Dr. Andrea Bronner, Dr. Kerstin Porrath und Katrin Griesbach liegt dem Protokoll des RT bei.

Die Präsentation von Dr. Etzold ist abrufbar unter www.bremen-sagt-nein.de/bremen-setzt-um

Kommentar zur geplanten Gewaltschutzambulanz vom Betroffenenbeirat Istanbul-Konvention

Der Kommentar des BIK ist abrufbar unter www.bremen-sagt-nein.de/betroffenenbeirat

Ausblick

Landesfrauenbeauftragte **Bettina Wilhelm** bedankte sich bei allen Teilnehmenden, den externen Gästen und dem BIK für ihre Disziplin und ihre lebendige, konstruktive Beteiligung und Wertschätzung gegenüber dem Thema Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Sie betonte, dass es insbesondere vor dem Hintergrund der Bürgerschaftswahl 2023 enorm wichtig sei, Politik und Öffentlichkeit immer wieder auf die Bedeutung des Themas Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam zu machen.

Sie gab einen Ausblick zum Abschluss des RT:

- 1-mal jährlich erfolge **ein Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen des LAP durch die LKS an die Bürgerschaft**. Hier fließt der Stand der Umsetzung der Maßnahmen sowie die inhaltliche Arbeit der Arbeitsgruppen mit ein.
- 1-mal jährlich wird von der LKS ein **Fachtag zu zentralen Themen im Kontext der Umsetzung des LAP** organisiert. In diesem Jahr am 24.11.22 zum Thema Einbezug der Betroffenenperspektive. Hier werde die Arbeit mit dem Betroffenenbeirat BIK vorgestellt, der im Oktober sein erstes Jubiläum feiert sowie die Ergebnisse der Studie des IPP zu den Erfahrungen Betroffener im Bremer Hilfesystem, die im Rahmen des vom BMFSFJ geförderten Bundesmodellprojekts dieses Jahr durchgeführt wurde.
- Jährlich organisiere die LKS den **Runden Tisch** im selben Format wie dieses Jahr mit Präsentationen der Umsetzungen der Maßnahmen durch die Ressorts und Vertiefung einer Fragestellung / eines Schwerpunktthemas.